

Bündnisveranstaltung "Altersarmut - kein Problem?"

mit Dagmar Hühne und Holger Balodis. Frankfurt (Main), DGB-Haus, 16.11.2018



Der Vortrag von Dagmar Hühne und Holger Balodis war gut besucht, hätte aber noch mehr ZuhörerInnen verdient. Für alle die, die nicht dabei sein konnten, haben wir den Vortrag aufgezeichnet und auf youtube gestellt:

<https://www.youtube.com/watch?v=uyBE1-qxVmE&feature=youtu.be>

Zunächst einige Thesen des Vortrags:

- Altersarmut droht insgesamt 24 Millionen Personen, darunter 13 Millionen lohnabhängigen Geringverdienern, deren Rentenanspruch unterhalb der Grundsicherung liegen wird.
- In Westdeutschland erreichen 45 % der Männer und 86 % der Frauen die von uns geforderte Mindestrente von 1.050 Euro netto nicht, in Ostdeutschland sind es 41 % der Männer und 72 % der Frauen.
- Die Rentenreformen liefen darauf hinaus, dass ArbeitnehmerInnen alleine zusätzliche 8 % ihres Lohns für Betriebs- und Riesterrenten mehr zu zahlen haben, um das frühere Niveau der gesetzlichen Renten zu halten. Das Dreisäulenmodell ist gescheitert.
- Die Riesterrente ergibt im Durchschnitt 78 Euro brutto. Seit Beginn flossen 40 Mrd. Euro Steuergelder in die Riesterrente.
- Die Lohnabzüge von 4 % für „Betriebsrenten“ über die sogenannten „Entgeltumwandlung“ senken die Beiträge zur Sozialversicherung und damit die gesetzliche Rente. Unternehmen haben sich aus Zahlungen für Betriebsrenten nahezu zurückgezogen.
- Eine Erwerbstätigenversicherung würde 45 Millionen Beitragszahler umfassen, 12 Millionen mehr als die heutigen 33 Millionen Beitragszahler.
- Österreich zeigt, dass mit einer Erwerbstätigenversicherung (22,8 % Beiträge, davon Arbeitnehmer nur 10,25 %) auch ohne die zwei „Säulen“ einer privaten Altersversicherung ein erheblich höheres Rentenniveau möglich ist und ebenfalls eine Mindestrente in Höhe von 1.060 Euro.

- Ein Kurswechsel ist dringend notwendig, um massive Altersarmut zu verhindern.

Die lebhafte Diskussion drehte sich u.a. darum, warum das reichste Land Europas beim Rentenniveau Westeuropas auf den unteren Rängen zu finden ist. Rentenkürzungen und der Druck auf Lohnsenkungen mit Hilfe von Hartz IV fördern die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals und die Stellung der deutschen Wirtschaft als Exportweltmeister. Die SPD/Grünen-Regierung setzte die Wünsche der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände um.

Es wurde in vielen Beiträgen festgestellt, dass der notwendige Kurswechsel von SPD und Grünen trotz einiger kosmetischer Zugeständnisse nicht angestrebt wird und dass die Spitzen der DGB-Gewerkschaften und der Wohlfahrtsverbände so eng mit der Bundesregierung verbunden sind, dass von ihnen keine Massenmobilisierung zu erwarten ist. So blieb denn die Hoffnung, dass alle, die einen Bruch mit der jetzigen Rentenmisere für notwendig halten, in geduldiger Kleinarbeit daran arbeiten, den Druck von unten zu erhöhen. In Frankfurt kann man z.B. im Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne mitarbeiten, das sich jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat in den Räumen der GEW Frankfurt, Bleichstr. 38a um 18 h trifft.